



29.05.2026

Antrag an das österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 25.06.2026, betreffend

EPU ALS SÄULE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT STÄRKEN

Begründung:

EPU prägen die wirtschaftliche Struktur Österreichs maßgeblich. Mit über 60 % der Wirtschaftskammermitgliedschaften stehen sie für Vielfalt, Innovation und Flexibilität – und tragen wesentlich dazu bei, den österreichischen Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln. Gerade die breite Streuung an Branchen, Geschäftsmodellen und Unternehmensgrößen macht den Standort resilient gegenüber Krisen.

Gleichzeitig tragen viele dieser Unternehmer:innen ein enormes persönliches Risiko. Kein praxistaugliches Krankengeld, keine funktionierende Unterstützung im Fall von Arbeitslosigkeit: Wer als EPU unverschuldet nicht arbeiten kann, verdient nichts.

Für EPU reicht unternehmerisches Risiko oft bis ins Privatvermögen. Steigende Kosten – etwa für Energie, Mieten oder Material – wirken sich direkt existenzbedrohend aus. Umso mehr ist die Wirtschaftskammer Österreich gefordert, diese besondere Realität anzuerkennen und ihr entschlossen zu begegnen.

Auch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion zeigt, wie oft EPU aus dem Blick geraten: Die von der Bundesregierung jüngst angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten – ein wichtiger Schritt für Betriebe mit Mitarbeiter:innen – greift für EPU schlicht nicht. Entlastungen, die an der Realität von fast 400.000 Ein-Personen-Unternehmen vorbeigehen, machen deutlich: EPU brauchen eine laute Stimme und Maßnahmen, die sie wirklich erreichen. Die Wirtschaftskammer Österreich muss gerade jetzt – in Zeiten sinkenden Wirtschaftswachstums und steigender Unsicherheit – für jene da sein, die am meisten riskieren und am wenigsten Auffangnetz haben.

Es braucht daher Maßnahmen in folgenden Bereichen:

Soziale Absicherung

- Neuregelung der Unterstützungsleistung im Krankheitsfall: Unternehmer:innen sollen ab dem 8. Tag Krankengeld bekommen, das sich in Höhe und Bezugsdauer an dem von unselbstständig Beschäftigten orientiert. Die Bezugsdauer der Unterstützungsleistung soll verlängert werden.
- Reform des Pensionssystems für Selbstständige: Die Pension von mehr als der Hälfte der Selbstständigen liegt unter der Armutsgefährdungsschwelle. Darum braucht es als Basis eine steuerfinanzierte Grundpension und zusätzlich eine beitragsfinanzierte Versicherungspension
- Abschaffung des Selbstbehalts beim Arztbesuch
- Abschaffung der Nachbemessung der Sozialversicherung nach dem 3. Gründungsjahr
- Neuordnung der Mehrfachversicherung mit dem Ziel einer einzigen zuständigen Sozialversicherung
- Jährliche Option für den Wechsel zur Kleinunternehmer:innenregelung in der Sozialversicherung

Liquidität & Kosten

- Die Arbeitsplatzpauschalen sollen für EPU angehoben werden: Großes Pauschale auf € 3.000,- und kleines Pauschale auf € 1.200,-
- Anhebung der GWG-Grenze auf € 2.000,-
- Unbürokratische und einheitliche Regelung zur temporären Umlagenreduktion für EPU und Kleinstbetriebe – wer kämpft, soll nicht auch noch von der eigenen Interessensvertretung belastet werden.

Bildungsgerechtigkeit

- Durch einen Bildungs-Absetzbetrag soll der Einkommensentfall von Weiterbildungstagen – zumindest ein Stück weit – kompensiert werden. Ähnlich den Tagesdiäten soll es für jeden Tag der in (Weiter-)Bildung investiert wird, einen Steuerfreibetrag geben.

Beratung & Service ausbauen

- Die WKÖ soll ihr EPU-Service ausbauen und niederschwellige, kostenlose Krisenberatung etablieren. Dabei ist insbesondere auf die Beratung bei drohender Insolvenz und gegebenenfalls auch die Begleitung dieser einzugehen.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Digitalisierung & Bürokratieabbau

- Unbürokratischer IT-Support und Digitalisierungshilfe für EPU durch die WKÖ. EPU haben keine IT-Abteilung, keinen Steuerberater auf Zuruf, keine Compliance-Verantwortlichen. Die Kammer soll diese Lücke füllen.

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament beauftragt das Präsidium der WKÖ, sich bei den zuständigen Stellen in der Bundesregierung sowie bei der Sozialversicherung der Selbstständigen dafür einzusetzen, dass Maßnahmen gesetzt werden, die die Unternehmensrealitäten und sozialen Sicherungssysteme von EPU verbessern bzw. erleichtern. Im eigenen Wirkungsbereich bekennt sich das Präsidium der WKÖ dazu, dass Ein-Personen-Unternehmen eine tragende Säule der österreichischen Wirtschaft sind. Darum soll deren Sichtbarkeit erhöht und das Serviceangebot der WKÖ noch stärker an den Bedürfnissen von EPU ausgerichtet werden.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

August Lechner

Christine Seemann

Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Rita Newman